

Antrag		16.09.2022	189/2022		
Bezeichnung			ö	nö	öbF
Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 13.09.2022; Antrag zur langfristigen und nachhaltigen Sicherung der Familien- und Stadtteilbüros in der Stadt Hameln			X		
Beratungsfolge		Abstimmungsergebnis			
Gremium	Datum	Ja	Nein	Enth	
Ausschuss für Familie, Kindertagesstätten, Schulen und Sport	30.11.2022	13	0	0	
Verwaltungsausschuss	07.12.2022	mehrheitl. beschlossen			
Rat	14.12.2022	39	0	0	

Beteiligte Organisationseinheiten	Unterschriften
--	-----------------------

Unterschriften				
Abteilungsleitung	Fachbereichsleitung	Dezernatsleitung	Fachbereichsleitung 1	Oberbürgermeister

Antragstext

189/2022

Hiermit stellt die Gruppe SPD / Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Hameln folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss für Familie, Kindertagesstätten, Schulen und Sport, im VA und im Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein ganzheitliches Konzept für die Weiterführung und Verstärkung der Hamelner Familienbüros zu entwickeln, das den Bedarf und die Anforderungen in den Orts- und Stadtteilen erfüllt. Zu diesem Zwecke soll eine Arbeitsgruppe aus den politischen Vertreter*innen des Fachausschusses sowie Mitgliedern der Verwaltung einberufen werden.

Der Landkreis wird gebeten, sich an den Prozessen der Arbeitsgruppe intensiv zu beteiligen.

Begründung

189/2022

Seit über 10 Jahren stellen die Hamelner Familienbüros einen direkten und zuverlässigen Ansprechpartner für alle Belange des Sozialen Miteinanders in den Orts- und Stadtteilen dar. Mit ihrer niederschweligen Arbeit vor Ort leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens und können eine Erreichbarkeit für alle Bürger*innen unserer Stadt gewährleisten, welche so von keiner anderen Institution erbracht werden kann. Somit würde bei Wegfall der Büros eine Lücke in der sozialen Struktur Hamelns entstehen, die voraussichtlich nicht kompensiert werden könnte – es liegt nahe, dass eine solche Situation die jeweiligen Stadt- und Ortsteile schnell zu sozialen Brennpunkten werden ließe.

Um dies zu verhindern und die Arbeit der Familienbüros langfristig abzusichern, ist auch der Landkreis Hameln-Pyrmont explizit mit in der Verantwortung, und somit durch finanzielle Beteiligung einzubeziehen. Die Kinder- und Jugendhilfe hat nach § 16 SGB VIII neben dem Schutz von Kindern und Jugendlichen auch die Aufgabe, Müttern, Vätern, anderen Erziehungsberechtigten und jungen Menschen Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie im präventiven Sinne anzubieten. Hier wird explizit vom Gesetzgeber unter Absatz 2, Punkt 3 darauf hingewiesen, dass die Entwicklung vernetzter, kooperativer, niedrigschwelliger, partizipativer und Sozialraum orientierter Angebotsstrukturen unterstützt werden muss. Eine solche Angebotsstruktur schaffen beispielsweise eben genau die Familienbüros in Hameln.

Die Aufgaben, welche das SGB VIII beschreibt, sind vom Landkreis innerhalb seines eigenen Wirkungsbereiches mitzutragen. Denkbar wäre zum Beispiel ein Runder Tisch mit politischen Vertreter*innen und Mitarbeiter*innen der Verwaltungen aus Stadt und Landkreis.

Die rot-grüne Mehrheitsgruppe im Rat der Stadt Hameln ist der Eugen-Reintjes Stiftung besonders dankbar, dass diese mit der Entwicklung und langjährigen Finanzierung der Familienbüros in einem hohen Maß soziale Verantwortung geschultert hat. Die Stadt Hameln und der Landkreis Hameln-Pyrmont müssen die gemeinsame Verantwortung jetzt annehmen und diese wichtige und wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl nachhaltig sicherstellen.

Für alle bestehenden und zukünftigen Familienbüros ist daher ein ganzheitliches Konzept unter Einbeziehung aller politisch verantwortlichen Akteur*innen zu entwickeln, welches den Bedarf und die Anforderungen in den Hamelner Orts- und Stadtteilen langfristig erfüllt.

Weitere Ausführungen ggf. mündlich.

Anlagen	189/2022
Antrag zur langfristigen und nachhaltigen Sicherung der Familien- und Stadtteilbüros in der Stadt Hameln	

Änderungen / Ergänzungen	189/2022